



Blauer Fritz

ZEITUNG DER AfD-FRAKTION BRANDENBURG

INHALT

Die Fraktion stellt sich vor

Wer vertritt die Interessen der Brandenburger im Landtag, die nichts für offene Grenzen, Gendern und Klimahysterie übrig haben? Die AfD-Fraktion stellt mit Abstand die stärkste Opposition im Landtag. Seite 4-5

Demokratie auf Abruf

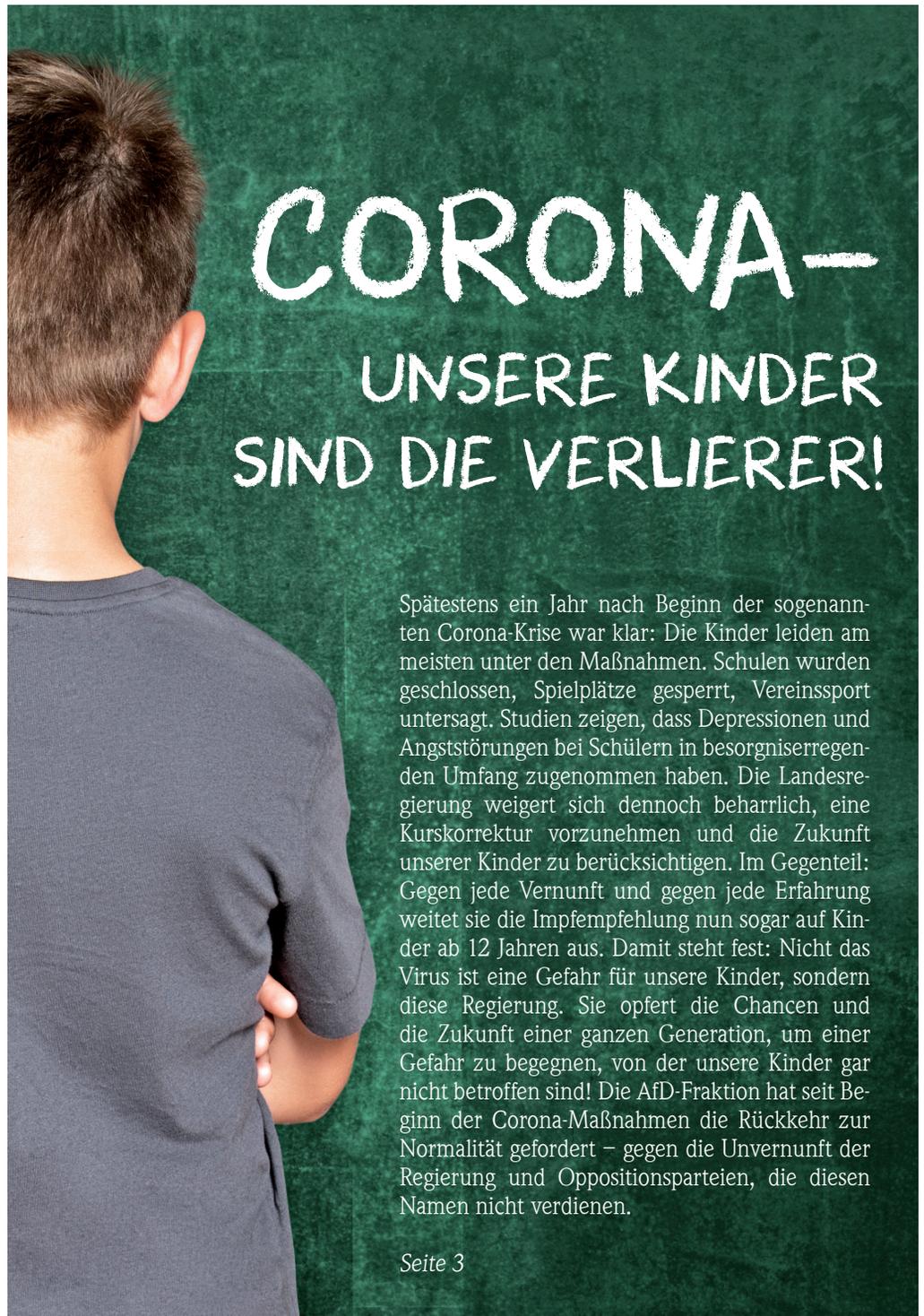
Die letzten Landtagswahlen waren für die Altparteien ein Schock. Die AfD wurde zweitstärkste Fraktion und hat dadurch im Parlament Möglichkeiten, die den Regierenden weh tun. Um ihre Macht zu sichern, schrecken sie vor nichts zurück. Seite 6

Corona-Untersuchungsausschuss

Die Corona-Maßnahmen schränken die Freiheit der Bürger ein, der Nutzen ist umstritten. Auf Antrag der AfD-Fraktion richtete der Landtag Brandenburg einen Corona-Untersuchungsausschuss ein. Es ist der einzige in Deutschland. Seite 7

Was wird aus Welzow?

Die EU will Löschflugzeuge finanzieren und in Deutschland stationieren, mit denen Waldbrände in Deutschland, Polen und bis nach Skandinavien gelöscht werden können. Welzow wäre als Standort ideal, warum zögert die Landesregierung? Seite 8



Spätestens ein Jahr nach Beginn der sogenannten Corona-Krise war klar: Die Kinder leiden am meisten unter den Maßnahmen. Schulen wurden geschlossen, Spielplätze gesperrt, Vereinssport untersagt. Studien zeigen, dass Depressionen und Angststörungen bei Schülern in besorgniserregenden Umfang zugenommen haben. Die Landesregierung weigert sich dennoch beharrlich, eine Kurskorrektur vorzunehmen und die Zukunft unserer Kinder zu berücksichtigen. Im Gegenteil: Gegen jede Vernunft und gegen jede Erfahrung weitet sie die Impfpflicht nun sogar auf Kinder ab 12 Jahren aus. Damit steht fest: Nicht das Virus ist eine Gefahr für unsere Kinder, sondern diese Regierung. Sie opfert die Chancen und die Zukunft einer ganzen Generation, um einer Gefahr zu begegnen, von der unsere Kinder gar nicht betroffen sind! Die AfD-Fraktion hat seit Beginn der Corona-Maßnahmen die Rückkehr zur Normalität gefordert – gegen die Unvernunft der Regierung und Oppositionsparteien, die diesen Namen nicht verdienen.

Seite 3



Tragen Sie sich in unseren Rundbrief ein:
www.afd-fraktion-brandenburg.de/newsletter

LINKSEXTREMISMUS FINANZIELL AUSTROCKNEN

Linksextremismus ist ein ernsthaftes, in der medialen Öffentlichkeit im Verhältnis zu seiner Gefährlichkeit nur wenig beachtetes Problem. Für die AfD-Fraktion ist das Thema besonders wichtig, weil zahlreiche Brandenburger bereits

Opfer linksmotivierter Gewalttaten geworden sind, ohne dass es einen „Aufstand der Anständigen“ gegeben hätte. Wir haben daher die

Arbeitsgruppe Linksextremismus (AG Lex) ins Leben gerufen, um die Verbindungen von scheinbar seriösen linken Vereinen, Organisationen und Gruppierungen mit dem extremistischen Milieu zu untersuchen.

Ziel der Arbeit ist es einerseits, Linksextremismus in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und andererseits, linksextremistischen Aktivitäten den finanziellen Nährboden zu entziehen. Dabei geht es der Arbeitsgruppe vor allem darum, aufzudecken, wohin Fördermittel der Landesregierung

fließen. Linke Vereine bekommen zum Teil jährlich Millionenbeträge, weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. Dieses Geld, bei dem es sich um Steuergelder handelt,

fließt nicht selten weiter an mutmaßliche Linksextremisten. Die üppigen finanziellen Zuwendungen werden verwendet, um sogenannte Projekte durchzuführen, an denen dann weitere dubiose Vereine, Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen mitwirken. So wird das Geld mehr oder weniger unkontrolliert weiterverteilt.

Viele linke Vereine existieren allein durch staatliche Förderung, sind also „quasi-staatlich“, weil sie von der Regierung und dem von ihr ausgeschütteten Geld zehren. Denn anders wären sie nicht in der Lage, Büros zu unterhalten und Mitarbeiter zu bezahlen. So ist über die Jahre ein Geflecht von extremistischen Nutznießern entstanden, die mithilfe staatlicher Unterstützung nicht nur den Staat, sondern insbesondere den politischen Gegner massiv bekämpfen (Drs. 7/1980). Damit muss Schluss sein! Und hierfür setzt sich unsere Fraktion mit allen zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln ein.

Lena Duggen,
Innenpolitische Sprecherin



MIGRATION BLEIBT EIN PROBLEM

Die Frage der ungezügelter Einwanderung nach Deutschland ist durch die Corona-Krise aus dem Fokus der Öffentlichkeit geraten. Dabei ist die Corona-bedingte Atempause längst vorbei, die Zahl der Asylanträge steigt wieder jeden Monat. Für die Altparteien ist das kein Problem, da sie Migration zu einer Art von Menschenrecht erklärt haben.

Die AfD-Fraktion repräsentiert dagegen die Stimme der Vernunft und zwingt die Regierung in der Migrationsfrage Farbe zu bekennen. Neben der Begrenzung ist das wichtigste Anliegen, die Brandenburger vor den Folgen der Einwanderung zu schützen. In unserem Antrag „Destabilisierung der Gesellschaft verhindern!“ (Drs. 7/3727) weisen wir auf die schlichte Tatsache hin, dass eine kulturelle Homogenität der Gesellschaft stabilisierend wirkt und daher wünschenswert ist.

Integration fordert daher von den Einwanderern eine Anpassung an die hier geltenden Regeln und Werte – eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch die Regierungskoalition versteht unter Integration einen gegenseitigen Verhandlungsprozess, der von den Deutschen einseitig inter-

kulturelle Offenheit fordert. Mit der Ablehnung unseres Antrags, dessen Forderungen lediglich ein Plädoyer für Normalität darstellen, bestätigten die Altfraktionen, dass ihnen am Erhalt unserer Kultur nichts liegt. Die Gefahren einer kulturellen Fragmentierung werden von ihnen ignoriert.

Dennoch werden Unsummen an Steuergeld für angebliche Integrationsmaßnahmen aufgewendet, die allerdings nicht der Integration dienen, sondern eine regelrechte Flüchtlingsindustrie alimentieren. Maßnahmen wie die Finanzierung von Yoga-Kursen, Gärtnerarbeiten oder Reitkursen für so genannte Flüchtlinge sind eine Steuergeldverschwendung, die einfallreich in diversen Haushaltstiteln versteckt wird. Die AfD-Fraktion sorgt mit der Aufdeckung solcher Posten für Transparenz und kämpft dafür, diese Gelder sinnvoll, z.B. für die Familienförderung, zu verwenden!

Volker Nothing,
Migrationspolitischer Sprecher





Bild: Adobe Stock / Alinsa

CORONA-MASSNAHMEN GEGEN UNSERE KINDER

Welche Folgen haben Schul- und Kitaschließungen, Wechselunterricht, Maskenpflicht und ständiges Testen für Kinder? Was geschieht mit ihnen, wenn sie im Verein keinen Sport mehr treiben können, wenn sie ihre Freunde nicht treffen dürfen? Wenn ihnen ständig eingeredet wird, jede Übertretung der Regeln hätten Siechtum und Tod ihrer Großeltern zur Folge? Spätestens seit Mitte Februar, als die Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf (UKE) eine Studie zu diesen Fragen veröffentlichte, gibt es Gewissheit darüber. Jedes dritte Kind leidet an Depressionen. Angst-, Konzentrations-, Schlaf- und Essstörungen, aggressives und selbstverletzendes Verhalten sowie Selbstmordgedanken haben in einem nie dagewesenen Ausmaß zugenommen.

Selbst diese Erkenntnis hat nicht dazu geführt, dass die Landesregierung ihre Maßnahmen überdacht und kinderfreundlicher gestaltet hätte. Sie folgt weiterhin blind den Vorgaben aus Berlin. Die AfD-Fraktion hat von Anfang an vor den Folgeschäden dieser Politik gewarnt und dem Parlament kontinuierlich sinnvolle Alternativvorschläge unterbreitet. Bereits im April letzten Jahres präsentierten wir ein umfangreiches Maßnahmenkonzept für die sichere Rückkehr zu einem normalen Schulbetrieb und beantragte wenige Wochen später eine aktuelle Stunde dazu (Drs. 7/1406).

„**Jedes dritte Kind leidet an Depressionen.**“

Stattdessen hat die Regierung das ohnehin angeschlagene Schul- und Bildungssystem Brandenburgs weiter geschwächt. Allein im ersten Halbjahr des letzten Schuljahres sind 1,2 Millionen Präsenzunterrichtsstunden ausgefallen (niemand weiß, wie viele davon durch Fernunterricht ersetzt wurden). Durch die Schulschließungen fehlt mindestens ein halbes Jahr, in dem neues Wissen nicht erlangt und erworbenes Wissen nicht vertieft wurde, in dem Grundschüler nicht richtig lesen, schreiben und rechnen lernten. Gleichzeitig wurden Eltern und Lehrer durch eine chaotische Kommunikationspolitik des Bildungsministeriums mehrfach an den Rand der Verzweiflung getrieben. Es wird lange dauern, die Folgeschäden dieser Politik zu beheben. Dafür müssen jetzt Maßnahmen ergriffen und Gelder bereitgestellt werden. Die Einstellung von Schulpsychologen wäre eine Möglichkeit, wenigstens die

Symptome der betroffenen Kinder zu lindern. Von diesen muss aktuell jeder 10.000 Kinder betreuen. Das ist vor dem Hintergrund der Coronafolgeschäden grotesk. Statt in die Zukunft unserer Kinder und deren Bildung zu investieren, macht die Brandenburger Landes-

regierung weiter wie bisher. Die anderen Oppositionsparteien tragen jede noch so absurde Maßnahme mit. Unsummen an Steuergeldern werden auf diese Weise buchstäblich zum Fenster hinausgeworfen. Allein die Kosten für die

Schülerselbsttests belaufen sich mittlerweile auf 28 Millionen Euro. Es folgen weitere Millionenbeträge für die Anschaffungen von Masken, unsinnigen Luftfilteranlagen und dem Programm „Aufholen nach Corona“, das lediglich ein Förderprogramm für Freie Träger darstellt, unse-

ren Schülern aber wenig bis gar nicht nützen wird.

Und obwohl von den ca. 1,1 Millionen Tests, welche die Schüler zwischen April und Mai 2021 an sich durchführen mussten, lediglich 0,02 Prozent positiv waren, hält die Bildungsministerin immer noch an weiteren Tests fest und belastet damit weiterhin den Steuerzahler. Dabei lässt dieses Ergebnis nur eine Schlussfolgerung zu: Unsere Schulen waren und sind keine Treiber der Pandemie. Es kann also nur eine Lösung geben und die heißt: Öffnet die Schulen, lasst unsere Lehrer lehren und unsere Schüler lernen – ohne Maske, ohne Tests und ohne Impfungen!

„**Von 1,1 Millionen Tests waren lediglich 0,02 Prozent positiv.**“

Dennis Hohloch,
Bildungspolitischer Sprecher



Die AfD-Fraktion Brand

1 Rolf-Peter Hooge

Ausschuss für Infrastruktur
& Landesplanung
Bürgerbüro
Fürstenwalde/Spree

2 Wilko Möller

Sicherheitspolitischer
Sprecher
Bürgerbüro
Frankfurt/Oder

3 Steffen Kubitzki

Energiepolitischer Sprecher
Bürgerbüro Peitz

4 Lars Hünich

Landwirtschaftspolitischer
Sprecher
Bürgerbüro
Brandenburg a. d. Havel

5 Lars Schieske

Sportpolitischer Sprecher
Bürgerbüro Cottbus

6 Daniel Freiherr von Lützwow

Kommunalpol. Sprecher
Bürgerbüro
Blankenfelde-Mahlow

13 Birgit Bessin

Sozial-, Frauen- & Familien-
politische Sprecherin
Bürgerbüro Trebbin &
Luckenwalde

14 Sabine Barthel

Gesundheitspolitische
Sprecherin

15 Dr. Hans- Christoph Berndt

Fraktionsvorsitzender
Kultur- & Wissenschafts-
politischer Sprecher
Bürgerbüro Golßen

16 Peter Drenke

Umweltpolitischer Sprecher
Bürgerbüro Finsterwalde

17 Kathleen Muxel

Religions-, Forst- &
Verbraucherschutz-
politische Sprecherin
Bürgerbüro
Grunow-Dammendorf

18 Lars Günther

Digital- & Klimapolitischer
Sprecher
Bürgerbüro
Bad Freienwalde



denburg stellt sich vor!

7 Franz Wiese

Europa- & Infrastruktur-
politischer Sprecher
Bürgerbüro Seelow

8 Daniel Münschke

Arbeits- & Tourismus-
politischer Sprecher
Bürgerbüro Kolkwitz

9 Michael Hanko

Rechtspolitischer Sprecher
Bürgerbüro Spremberg

10 Dennis Hohloch

Bildungspolitischer
Sprecher
Bürgerbüro
Königs-Wusterhausen

11 Steffen John

Wirtschaftspolitischer
Sprecher
Bürgerbüro Wandlitz

12 Marianne Spring- Räumschüssel

Vorsitzende im Ausschuss
für Haushalt & Finanzen
Bürgerbüro Cottbus

19 Lena Duggen

Innenpolitische Sprecherin
Mobiles Bürgerbüro
Havelland/ Prignitz

20 Volker Nothing

Jugend- & Migrations-
politischer Sprecher
Bürgerbüro Elsterwerda

21 Felix Teichner

Ausschüsse: Wissenschaft,
Forschung & Kultur
Europaangelegenheiten
Bürgerbüro Prenzlau

22 Andreas Galau

Finanzpolitischer Sprecher
Bürgerbüro Oranienburg

23 Andreas Kalbitz

Medienpolitischer Sprecher
Bürgerbüro
Königs-Wusterhausen



ARBEITSPLÄTZE FÜR DIE LAUSITZ

Die Lausitz befindet sich seit Jahrzehnten in einem ständigen Strukturwandel. Auf die einst versprochenen blühenden Landschaften warten die Menschen bis heute – vergebens. Die finanziellen Hilfen des Bundes zur Erleichterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Lausitz werden durch die energiepolitischen Entscheidungen der Regierung in Frage gestellt.

Das im August 2020 verabschiedete Kohleausstiegsgesetz bedeutet einen weiteren Nackenschlag für die Bevölkerung der Lausitz, der weitere folgen werden, wenn es zur Novellierung des Klimaschutzgesetzes kommt. Die Perspektivlosigkeit führt dazu, dass fast jeder zweite Lausitzer unter 30 Jahren seine Heimat innerhalb der

nächsten zwei Jahre verlassen will. Durch das Strukturstärkungsgesetz werden der Brandenburger Kohleregion bis zum Jahr 2038 ca. zehn Milliarden Euro an Strukturhilfen zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln soll der Verlust von ca. 20.000 Industriearbeitsplätzen kompensiert werden. Der Hauptteil dieser Förderung fließt allerdings in die Infrastruktur und in enorm teure Forschungsprojekte, bei denen kaum Arbeitsplätze für normale Facharbeiter entstehen (Drs. 7/3621). So kann der Strukturwandel nicht gelingen.

Eine Möglichkeit das Ruder noch herum zu reißen, wäre die Änderung der Förderrichtlinien, so dass eine direkte Wirtschaftsförderung für Unternehmensansiedlungen möglich ist. Die

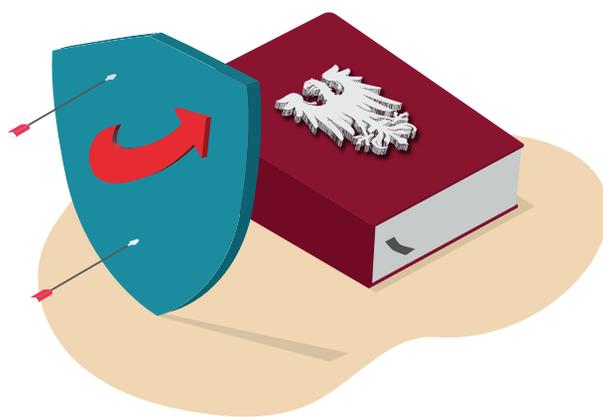
AfD-Fraktion fordert daher die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone für die Lausitz, um mehr Investitionsanreize für Unternehmen zu schaffen. Damit wäre es möglich, durch Ausnahmeregelungen regulatorische Freiheiten zu schaffen, um damit Anreize für die Investition vor Ort zu setzen. Für die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone Lausitz sprechen zudem die Erfahrungen, die andere EU-Länder mit ähnlichen Projekten gemacht haben. Die regionale Wertschöpfung braucht diesen zusätzlichen Impuls, nur so hat die Lausitz eine Zukunft!

*Steffen Kubitzki,
Energiepolitischer Sprecher*

SYMBOLPOLITIK GEGEN DIE VERFASSUNG

Die Regierungskoalition will gemeinsam mit den Linken die Verfassung des Landes Brandenburg ändern. Die Aufnahme des Staatsziels „Schutz jüdischen Lebens“ ist Symbolpolitik und soll von der Verantwortung der Altparteien für den Import des Antisemitismus durch die ungezügelter Massenzuwanderung ablenken. Antisemitismus ist vorrangig ein Migrationsproblem und wird von allen Fraktionen, die diese Verfassungsänderung beantragt haben, de facto gefördert. Für Grenzkontrollen und Abschiebung brauchen wir keine Verfassungsänderung!

Um den Vizepräsidenten der AfD-Fraktion, Andreas Galau, loszuwerden, soll der erste Vizepräsident des Landtages zukünftig nicht mehr von der zweitstärksten Fraktion gestellt werden, sondern von irgendeiner Oppositionspartei. Die derzeit noch gültige Regelung kam erst 2015 auf Betreiben der damaligen Regierungskoalition aus SPD und Linken zustande. Durch zwei Vizepräsidenten und deren Besetzung nach der Stärke der



Fraktionen wollte man sicherstellen, dass zumindest eine Oppositionspartei zum Zuge käme. So sicherten sich die Parteien für den Fall ab, dass eine von ihnen in der Opposition landen würde. Anwendung fand diese Regelung erstmals nach der Wahl 2019, als die AfD zur zweitstärksten Kraft wurde. Das hatten die Altparteien 2015 nicht auf der Rechnung. Seitdem stört diese Re-

gelung die Versorgung mit Posten und die Sicherung der Pfründe! Also wird die Verfassung einfach wieder geändert.

Hinzu kommt: Der AfD-Fraktion werden seit über einem Jahr der Vorsitz im Hauptausschuss, der stellvertretende Vorsitz im Kulturausschuss, ein Mitglied im Beirat der ILB, in der Landessportkonferenz, in der Parlamentarischen Kontrollkommission und die Mitglieder im LandesKinder- und Jugendausschuss verwehrt. Jetzt soll auch noch der Vizepräsident der zweitgrößten Fraktion im Landtag Brandenburg abgesetzt werden.

Wir werden uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese Missachtung des Wählerwillens und den Missbrauch der Verfassung zur Wehr setzen.

*Dr. Hans-Christoph Berndt,
Fraktionsvorsitzender*

WAR DER CORONA-LOCKDOWN GERECHTFERTIGT?



Bild: Shutterstock / michaelheim

Im April 2020 gab das Bundesministerium des Innern mit der Ausarbeitung „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“ die Marschrichtung vor. Die Deutschen sollten in Angst und Schrecken versetzt werden, damit sie jede Maßnahme akzeptieren, die zur Bekämpfung dieses Schreckens ergriffen werden würde. Was dabei völlig in den Hintergrund trat, war die Frage, wie groß die Gefahr durch das Corona-Virus überhaupt ist, und ob die Maßnahmen in einem vernünftigen Verhältnis dazu stehen.

Die AfD-Fraktion in Landtag Brandenburg beantragte daher die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der im September 2020 eingesetzt wurde. Er ist bundesweit der einzige Untersuchungsausschuss zu diesem Thema! Sein Ziel ist die Durchleuchtung des Handelns und der Politik der Landesregierung hinsichtlich deren Zweckmäßigkeit, Angemessenheit und Rechtmäßigkeit bis zum Zeitpunkt der Einsetzung des Ausschusses.

Aber schon heute ist klar, dass die Landesregierung die Corona-Politik der Bundesregierung eins zu eins umsetzte und weiterhin umsetzt, ohne auf die Besonderheiten Brandenburgs Rücksicht zu nehmen. Es fand zu keinem Zeitpunkt eine unabhängige, eigenständige und angemessene Politik statt, die sich an der realen Lage orientiert hätte. Statt messbarer Fakten und einer Abwägung von Nutzen und Schaden exekutierte die Landesregierung die aus Berlin vorgegebene Politik der Angst.

Erinnern Sie sich noch an die Kriegserklärung von Frankreichs Präsident Macron an das Corona-Virus und die Bilder aus Bergamo aus dem März 2020? Beides, vor allem aber die Bergamo-Bilder haben einen vollumfänglichen Kurswechsel in der deutschen Corona-Politik verursacht. Auch Ministerpräsident Woidke begründete sein Handeln in Brandenburg vor dem Untersuchungsausschuss im April 2021 damit: Er hätte noch heute die Bilder aus Bergamo im Kopf! Die erzählte Geschichte zu den Bildern stimmt jedoch nachweislich nicht. Laut der WHO ist in Europa offiziell am 24. Januar 2020 der erste Corona-Fall festgestellt worden. Es gibt aber den Fall Amirouche H. aus Paris! Am 27. Dezember 2019 wurde er in einer Pariser Klinik - mit Lungenentzündung - behandelt. Ein nachträglicher Corona-Test war positiv. Ließ sich also die Landesregierung von Emotionen statt von Fakten leiten?

Die nachgereichte Begründung und die gegenwärtige Fortsetzung der Angst-Politik legen das nahe. Das Vorgehen des Altparteienkartells im Untersuchungsausschuss war deshalb auch darauf ausgerichtet, die Aufklärungsarbeit der AfD-Fraktion durch die Beschneidung der parlamentarischen Minderheitenrechte möglichst zu erschweren. Gerade deshalb wird die AfD-Fraktion auch weiterhin den Sinn der Corona-Maßnahmen hinterfragen, um die Landesregierung zur Vernunft zu bringen.

Lars Hünich,

Obmann im Untersuchungsausschuss Corona

AfD | FRAKTION IM LANDTAG
BRANDENBURG

IMPRESSUM

Alternative für Deutschland
Fraktion im Landtag Brandenburg

📍 Alter Markt 1 · 14467 Potsdam
☎ 0331 966 1881
@ info@afd-fraktion.brandenburg.de

📘 AfD-Fraktion Brandenburg
📌 t.me/afdfraktionBB
📷 afdfraktionbb
📺 AfD-Fraktion Brandenburg
🐦 AfD_FraktionBB
🌐 www.afd-fraktion-brandenburg.de



FOLGT UNS!

SPIELT DER INNENMINISTER MIT DER ZUKUNFT VON WELZOW?

Die Mühlen der Regierungskoalition arbeiten langsam – so langsam, dass Projekte zu scheitern drohen, an denen die Zukunft kleiner Orte hängt. Welzow ist so ein Ort, der von einem Projekt, das zu neunzig Prozent von der EU gefördert wird, profitieren könnte – wenn die Regierung es nicht auf die lange Bank schieben würde.



Alle Bilder Flugplatz Welzow/ Quelle: Archiv

Das EU-Programm „rescEU“ sieht die Errichtung eines Standortes für Löschflugzeuge vor, von welchem aus Waldbrände in Deutschland, Polen und bis nach Skandinavien gelöscht werden können. Die Lausitz bietet alle Voraussetzungen, um diese Anforderungen zu erfüllen. Bereits im September 2019 ist die Ansiedlung einer europäischen Löschflugzeugstaffel auf dem Flugplatz Welzow vor Ort mit dem EU-Kommissar für Krisenschutz, Christos Stylianides, diskutiert worden. Die AfD-Fraktion forderte die Landesregierung im April letzten Jahres auf, einen geeigneten Standort für die rescEU-Löschflugzeugstaffel im Land Brandenburg auszuwählen und die Ansiedlung bis Ende des vierten Quartals 2020 vorzunehmen.

Unser Antrag (Drs. 7/3496) wurde damals von allen anderen Fraktionen abgelehnt und der Innenminister gab das klare Signal, dass er gar keine Löschflugzeuge haben wolle und stattdessen lieber auf Hubschrauber setze.

Welzow war damals wegen der

dort beabsichtigten Braunkohleförderung im Abschnitt Welzow Süd ein unsicherer Standort. Durch das

Kohleausstiegsgesetz, welches im Juli 2020 beschlossen wurde, wird der Tagebau Welzow Süd nicht mehr erschlossen. Damit entfällt der ursprüngliche Ablehnungsgrund für den Bereich des Flugplatzes Welzow.

Aus diesem Grund haben wir bei der Landesregierung beantragt, Welzow als geeigneten Standort für die rescEU-Löschflugzeugstaffel auszuwählen und sich für die Ansiedlung bis Ende des zweiten Quartals 2022 einzusetzen. Passiert ist bislang nichts. Die auch auf Druck der AfD-Fraktion beauftragte Machbarkeitsstudie, die Ende Mai vorliegen sollte, erreichte den Landtag erst Mitte August. Ganz im Sinne des Auftraggebers sieht sie keinen Bedarf für die Stationierung und verweist auf die Kapazitäten des Bundes. Dass diese nicht ausreichen, um den Bedarf im Notfall zu decken, ist kein Geheimnis.

Wenn die Landesregierung weiter gegen die Interessen vor Ort arbeitet, wird das Projekt für Brandenburg verloren gehen. Das Projekt ist aufgrund des EU-Förderanteils so attraktiv, dass mittlerweile auch andere Bundesländer mit der Ansiedlung der rescEU-Löschflugzeugstaffel liebäugeln. Die Landesregierung muss sich jetzt für den Standort Welzow beim Bundesinnenminister stark machen und darf keine weitere Zeit ungenutzt verstreichen lassen!

“Die AfD-Fraktion wird weiter Druck machen, für die Zukunft von Welzow!”



Lars Schieske,
Mitglied des Innenausschusses

